

DARIUSZ LIBIONKA

## DER POLNISCHE UNTERGRUNDSTAAT UND DIE VERNICHTUNG DER JUDEN IN DEN EINGEGLIEDERTEN GEBIETEN

Es war der Historiker und Zeitzeuge Izrael Gutman, der auf einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz in Warschau einmal gesagt hat:

„Wenn man die Einstellung der besetzten Nationen zum Holocaust analysiert, so kann man die Haltung der von ihnen geschaffenen Strukturen der Konspiration und des Widerstandes gegenüber dem Schicksal, das die Besatzer den Juden zugedacht hatten, nicht ignorieren. Von dieser Haltung hing die moralische Unterstützung der lokalen örtlichen Bevölkerung ab, aber auch das Ausmaß der erteilten Hilfe unter den Bedingungen von Unfreiheit sowie schließlich die Suche nach Rettungswegen.“<sup>1</sup>

Diese Bemerkung betrifft ganz elementar die Lage in den besetzten polnischen Gebieten. Das Verhalten der zivilen und militärischen Stellen des polnischen Untergrundstaates<sup>2</sup> in Anbetracht der Vernichtung der Juden ist einer der nach wie vor nicht bis ins Letzte erforschten und beschriebenen Schlüsselaspekte der polnisch-jüdischen Beziehungen während der deutschen Besatzungszeit. Es muss nicht eigens erwähnt werden, dass die polnischen Forschungen sowohl unter dem ungünstigen politischen und intellektuellen Klima in der Volksrepublik Polen und den zensurbedingten Einschränkungen litten als auch darunter, dass die Quellen so weit verstreut sind. Viele Jahre lang konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der polnischen Wissenschaft auf die institutionelle Hilfe für die Juden (Rat für die Unterstützung der Juden, *Żegota*), auf die Kontakte zwischen dem polnischen und dem jüdischen Untergrund mit besonderer Berücksichtigung der polnischen Reaktion auf den Aufstand im Warschauer Ghetto oder auch

---

<sup>1</sup> IZRAEL GUTMAN, Stosunki polsko-żydowskie w świetle żydowskiej historiografii i literatury, in: BŻIH 193 (2000), Nr. 1, S. 3 f.

<sup>2</sup> Die Bezeichnung „Polnischer Untergrundstaat“ wurde erstmals am 24.12.1943 in dem in London erscheinenden Blatt *Polska Walcząca* verwendet.

auf die Bemühungen des polnischen Untergrunds und der Exilregierung, die Welt über die Verbrechen an den Juden auf polnischem Gebiet zu informieren. Jahrzehntlang blieb allerdings vor allem Warschau im Mittelpunkt des Interesses der Historiker, die sich mit dem Thema beschäftigten. Vor einigen Jahren stieg nach der Aufdeckung des Verbrechens von Jedwabne das Interesse an der Ausrottung der Juden in den polnischen Ostgebieten nach dem Ausbruch des polnisch-sowjetischen Kriegs.<sup>3</sup> Aus unterschiedlichen Gründen ist über die Situation in den eingegliederten Gebieten am wenigsten bekannt. Das ist sowohl eine Folge des dort im Vergleich zum Generalgouvernement (GG) eher schwach entwickelten polnischen Untergrunds als auch vieler Lücken in seiner archivalischen Überlieferung.<sup>4</sup>

Im Folgenden soll es um zwei Fragen gehen: Im ersten Teil werden die Reaktionen der zivilen und militärischen Stellen des Polnischen Untergrundstaates – des Verbands für den bewaffneten Kampf (*Związek Walki Zbrojnej*, ZWZ) bzw. später Heimatarmee (*Armia Krajowa*, AK)<sup>5</sup> sowie der Vertretung der Exilregierung auf den gewaltigen Anstieg deutscher Verbrechen in den eingegliederten Gebieten im Frühjahr 1942 dargestellt. Der zweite Teil des Textes behandelt die Einstellungen der polnischen Bevölkerung gegenüber der Vernichtung der Juden in den eingegliederten Gebieten im Licht der Dokumente der polnischen Untergrundbewegung im Verlauf des Jahres 1943.

### Die Informationspolitik über die deutschen Verbrechen an den Juden in den in das Reich eingegliederten Gebieten

Unter den Historikern herrscht allgemein Übereinstimmung über die zentrale Bedeutung der Nachrichten, die aus Polen zur Information der freien Welt über die Vernichtung der Juden verschickt wurden. Weniger Einigkeit herrscht dagegen bei der Interpretation von Ursachen und Bedingungen der

---

<sup>3</sup> Die Sekundärliteratur bespreche ich in folgendem Text: DARIUSZ LIBIONKA, ZWZ-AK i Delegatura Rządu RP wobec eksterminacji Żydów polskich, in: Polacy i Żydzi pod okupacją niemiecką 1939–1945, hg. v. ANDRZEJ ŻBIKOWSKI, Warszawa 2006, S. 15–207.

<sup>4</sup> Ein Beispiel: Im AWBBH des ehemaligen Militärhistorischen Instituts Warschau befindet sich nur eine Akteneinheit mit Material des Schlesischen Bezirks der AK aus dem mich interessierenden Zeitraum 1940–1943 (III/34/29). Umfangreichere Archivalien haben sich aus dem AK-Bezirk Lodz erhalten, doch habe ich in diesen Materialien keine Hinweise auf jüdische Fragen entdecken können. Die im AIPN aufbewahrten Archivalien geben hierzu ebenfalls wenig her.

<sup>5</sup> Der im November 1939 von der polnischen Exilregierung gegründete ZWZ wurde am 14.2.1942 in „AK“ umbenannt. [Anm. d. Übers.]

Informationspolitik des polnischen Untergrunds und der Exilregierung. Walter Laqueur hat zu Recht festgestellt, dass die Juden aus Sicht des polnischen Untergrunds „nicht die wichtigste Sorge waren, weshalb ihr Schicksal in den nach London übermittelten Informationen keine besondere Priorität besaß, aber auch nicht vernachlässigt wurde“. <sup>6</sup> Der polnische Historiker Dariusz Stola wiederum schrieb in seiner hervorragenden Dissertation:

„Zwischen dem jeweiligen Ereignis im besetzten Polen sowie dem Empfang und der Weitergabe der Informationen darüber im Westen vergingen oft viele Wochen, sogar Monate. Die Nachrichten über Ereignisse, die nur im modernen Industriezeitalter möglich waren, trafen verspätet ein, wie ein Bote aus längst vergangenen Zeiten, der nach langer Reise die Kunde von einem verlorenen Krieg und dem Sturz eines Königreiches brachte.“ <sup>7</sup>

Es ist nicht abwegig, diese durchaus interessante Metapher durch eine Analyse der Informationspolitik von Heimarmee und Regierungsvertretung <sup>8</sup> am Beispiel des ersten in den besetzten polnischen Gebieten geschaffenen Vernichtungslagers Kulmhof zu überprüfen. Ich behandle sowohl die Art und Weise, wie die polnische Bevölkerung durch Vermittlung der Untergrundpresse informiert wurde, als auch die Wege, über die Informationen zur Ausrottung der Juden im Wartheland nach London übermittelt wurden.

Die erste Nachricht über die Vergasung von Juden erschien im wichtigsten Presseorgan des Oberkommandos der Heimarmee, im *Biuletyn Informacyjny* vom 19. Februar 1942, also zwei Monate nach Inbetriebnahme des Lagers, doch – wie wir noch sehen werden – eine Woche vor den ersten Informationen hierzu in der Untergrundpresse des Warschauer Ghettos. Die Meldung bestand aus drei Sätzen:

„Aus vielen Ortschaften wird ein verschärftes Vorgehen der Besatzer gegenüber den Juden gemeldet. In Jadów bei Radzym, in Izbica, Warthbrücken, Dombie, Zagórów, Turek und Tonningen ist es zu Massenmorden an Juden gekommen. Die Menschen werden angeblich zur Arbeit fortgebracht – und dann erschossen oder mit Gas vergiftet.“ <sup>9</sup>

---

<sup>6</sup> WALTER LAQUEUR, *The Terrible Secret. An Investigation into the Suppression of Information about Hitler's „Final Solution“*, London 1980, S. 111.

<sup>7</sup> DARIUSZ STOLA, *Nadzieja i Zagłada. Ignacy Schwarzbart – żydowski przedstawiciel w Radzie Narodowej RP 1940–1945*, Warszawa 1995, S. 154 f.

<sup>8</sup> Das wissenschaftliche Interesse konzentriert sich gewöhnlich auf den Zeitraum der großen Räumungsaktion im Warschauer Ghetto und auf die Mission von Jan Karski im Herbst 1942, der als Kurier der polnischen Untergrundbewegung den Alliierten die ersten Informationen über die Verbrechen an den Juden aus dem besetzten Polen überbrachte.

<sup>9</sup> [Rubrik] „Sonstiges“, in: *Biuletyn Informacyjny*, 19.2.1942, Nr. 7.

Dies war eine der letzten Nachrichten in der Rubrik „Aus dem Inland“. Es handelt sich anscheinend um den ersten Hinweis auf dieses Thema, der in der polnischen Untergrundpresse erschienen ist.<sup>10</sup> Zuvor hatte es Erwähnungen einer veränderten deutschen Judenpolitik in den eingegliederten Gebieten in dem nur für den Dienstgebrauch dienenden Informationsblatt *Informacja Bieżąca* gegeben, das vom Büro für Information und Propaganda des Oberkommandos der Heimatarmee (*Biuro Informacji i Propagandy Komendy Głównej AK*, BIP) für die Leitungskreise des Untergrunds und die Redakteure der Untergrundpresse herausgegeben wurde.<sup>11</sup> Am 25. Januar 1942 war hier folgende Nachricht zu lesen:

„Ende Dezember [1941] wurden alle Juden aus Koło [Wartbrücken] in das Ghetto Kulmhof gebracht. Bei der Durchführung einer Revision wurden mehr als zehn im Wald erschossen.“<sup>12</sup>

Die zitierte Notiz im *Biuletyn Informacyjny* bezog sich aller Wahrscheinlichkeit nach auf eine einige Tage früher veröffentlichte Meldung (vom 16. Februar 1942) über die Vergasung von Juden aus Wartbrücken, dem Kreis Turek und Dombie in Kulmhof im Dezember 1941.<sup>13</sup>

Andere Blätter der Untergrundpresse reagierten mit Verspätung auf die Informationen aus Kulmhof. Unter ihnen befand sich das wichtigste Organ der Regierungsvertretung, *Rzeczpospolita Polska*, das anderthalb Monate nach dem *Biuletyn Informacyjny* über die in den eingegliederten Gebieten begangenen Verbrechen berichtete (am 31. März 1942):

„In Chelm [sic!] hat unlängst eine massenhafte und auf außergewöhnlich bestialische Weise erfolgte Exekution von aus Lodz, Koło [Wartbrücken] und Dombie ausgesiedelten Juden stattgefunden. Die Exekution erfolgte durch Giftgase in besonderen geschlossenen Autos.“<sup>14</sup>

Diese Meldung wurde mit keinem Kommentar versehen. Auf ihre Bedeutung kommen wir noch zurück. An dieser Stelle ist die Feststellung wich-

<sup>10</sup> In der polnischen Untergrundpresse habe ich keine früheren Informationen hierzu gefunden. Siehe auch: KLAUS-PETER FRIEDRICH, *Der Nationalsozialistische Judenmord und das polnisch-jüdische Verhältnis* im Diskurs der polnischen Untergrundpresse (1942–1944), Marburg 2006. Analysiert werden muss noch die Untergrundpresse, die in den Bezirken des ZWZ bzw. der AK in den eingegliederten Gebieten erschienen ist.

<sup>11</sup> Die *Informacja Bieżąca* erschien seit 1941 zweiwöchentlich und brachte die neuesten Meldungen über die Lage in den besetzten polnischen Gebieten (das Blatt befindet sich vollständig im AAN, Sign. 202/III-7).

<sup>12</sup> *Informacja Bieżąca*, Nr. 4 (29), 25.1.1942. Verfasser dieser Notiz war ein Mitarbeiter des BIP, Antoni Szymanowski, der als „Brz.“ zeichnete.

<sup>13</sup> *Informacja Bieżąca*, Nr. 7 (32), 16.2.1942.

<sup>14</sup> *Województwa centralne. Terror*, in: *Rzeczpospolita Polska*, Nr. 5, 31.3.1942.

tig, dass weder im *Biuletyn Informacyjny* noch später in der *Rzeczpospolita Polska* den Informationen über Kulmhof größere Bedeutung beigemessen wurde. Damit nicht genug: Nach einer ersten Information über die Vernichtung von Juden in den ins Reich eingegliederten Gebieten kam das *Biuletyn Informacyjny* über einen Monat lang nicht mehr auf die Angelegenheit zurück.

Das Thema „Vergasung von Juden in Kulmhof“ tauchte erst wieder in der auf den 23. April 1942 datierten Nummer auf, wo sich die Beschreibung der Funktionsweise des als Gaskammer dienenden Autos findet. Diese Verspätung wurde mit dem Fehlen detaillierter Informationen zu diesem Thema erklärt („Erst unlängst haben uns Einzelheiten über das an den Juden im Januar d. J. in Chelm [sic!] bei Kolo [Wartbrücken] verübte Massenverbrechen erreicht“).<sup>15</sup> Doch schon eine Woche später stellte die Redaktion des *Biuletyn Informacyjny* Nachrichten über den Terror in den polnischen Ostgebieten, im GG und im Wartheland zusammen und vertrat die Meinung, dass Hitlers „Ankündigung“ von der vollständigen Vernichtung der Juden in die Tat umgesetzt werde.<sup>16</sup>

Hatte man sich also innerhalb einer knappen Woche plötzlich die Ziele der deutschen Politik gegenüber den Juden verdeutlicht? Im ersten Fall (im *Biuletyn Informacyjny* vom 23. April 1942) hatte die Meldung von dem Verbrechen in Kulmhof nicht zu den wichtigeren Informationen gezählt – so wie zuvor war sie eine von vielen Mitteilungen in der Rubrik „Aus dem Inland“. Die Ausgabe begann mit Texten über den Anstieg der Lebensmittelpreise und über die Versorgungsschwierigkeiten in den besetzten polnischen Gebieten. Doch schon in der nächsten Nummer war der Artikel über die deutschen Judenverfolgungen ganz klar der wichtigste Text. Besondere Aufmerksamkeit widmete man gerade den „Methoden von Chelm [sic!]“:

---

<sup>15</sup> Kraj. Orgie zwyrodnialców, in: *Biuletyn Informacyjny*, Nr. 16, 23.4.1942.

<sup>16</sup> Żydzi, in: *Biuletyn Informacyjny*, Nr. 17, 30.4.1942 (die hier interessierenden Informationen über Kulmhof im Teil „Kujawy i lubelskie“). Während einer Ansprache am 30.1.1942 hatte Hitler im Berliner Sportpalast gesagt: „Wir sind uns dabei im Klaren darüber, dass der Krieg nur damit enden kann, dass entweder die arischen Völker ausgerottet werden, oder dass das Judentum aus Europa verschwindet. Ich habe am 1. September 1939 [tatsächlich: 30.1.1939, Anm. d. Hg.] im Deutschen Reichstag es schon ausgesprochen – und ich hüte mich vor voreiligen Prophezeiungen –, dass dieser Krieg nicht so ausgehen wird, wie es sich die Juden vorstellen, dass nämlich die europäisch-arischen Völker ausgerottet werden, sondern dass das Ergebnis dieses Krieges die Vernichtung des Judentums sein wird.“ Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Teil II (Untergang), Bd. 4 (1941–1945), hg. von MAX DOMARUS, Leonberg 1973, S. 1828 f. Dieses Zitat hatte auch das *Biuletyn Informacyjny* gebracht.

„Die Berichte von Augenzeugen der Morde in Chelm [sic!] mit Hilfe von Giftgas beweisen, dass die Deutschen sich selbst übertroffen haben. Gemeine Perfidie, niedrige, grenzenlose Habgier sowie kalte, berechnende Grausamkeit lassen ein Bild entstehen, an dessen Wahrheit man kaum glauben mag.“

Es wurde befürchtet, dass dasselbe Schicksal bald auch den aus dem Lubliner Land nach Belzec deportierten Juden drohen könnte. Dieses Beispiel zeigt, dass sich das Problem der Verspätungen bei der Weitergabe von Informationen über das Bestehen der Vernichtungslager nicht alleine auf Kulmhof bezog – zwischen der Inbetriebnahme des Lagers in Belzec und der Veröffentlichung des Textes waren sechs Wochen vergangen.<sup>17</sup>

Aus der archivalischen Überlieferung geht jedoch hervor, dass die Heimatarmee sehr genau über die Existenz des Vernichtungslagers in Kulmhof Bescheid wusste. Das heißt allerdings nicht, dass die zitierte Versicherung der Redaktion des *Biuletyn Informacyjny*, man habe keine Informationen zu diesem Thema besessen, nicht der Wahrheit entsprach. Denn vieles deutet darauf hin, dass dieses Wissen für längere Zeit nicht verbreitet werden sollte. Doch eins nach dem anderen. Seit Ende 1941 hatten die zum Büro für Information und Propaganda des Oberkommandos der Heimatarmee gehörenden Informationsdienste – zunächst das Nationalitätenreferat<sup>18</sup> und seit Anfang Februar 1942 das von Henryk Woliński geleitete Judenreferat – die immer zahlreicher aus dem ganzen Land eingehenden Meldungen über die Verfolgung der Juden gesammelt und analysiert. Das Entstehen eines Judenreferats zeugt sowohl von der Beunruhigung wie auch von der guten Kenntnis, die die Heimatarmee über die deutsche Politik besaß. Hervorzuheben ist, dass die frühesten Informationen über die Verbrechen an den Juden in Kulmhof, die drastische Einzelheiten enthielten, aus dem eigenen Informantennetz stammten, weshalb ihre Glaubwürdigkeit prinzipiell hoch war. Die ersten und gleichzeitig auch genauen Angaben über das Thema standen in einer Meldung des BIP-Bezirks Lodz der Heimatarmee, Codewort „Kreton“, die am 6. Februar 1942 entstanden war. Ein längerer Passus betraf die Art und Weise, wie die Juden aus Wartbrücken und dem Kreis Turek ermordet wurden:

---

<sup>17</sup> Das BIP im AK-Bezirk Lublin hatte – mit dem Datum 16.4.1942 – einen Bericht über die Auflösung des Ghettos in Lublin verfasst, der anschließend nach Warschau geschickt wurde. Aus ihm ging hervor, dass das Schicksal der Deportierten unbekannt sei! Einen genauen Bericht über Belzec enthielt eine Sondermeldung, die dem politischen Lagebericht für April 1942 aus dem AK-Bezirk Lublin beigelegt war. Das Dokument ist veröffentlicht worden in: IRENEUSZ CABAN/ ZYGMUNT MAŃKOWSKI, *ZWZ-AK w Okręgu Lubelskim*, Bd. 2: Dokumenty, Lublin 1971, S. 34 f.

<sup>18</sup> Bereits 1940 war in der Abteilung für Information des BIP ein Referat für die nationalen Minderheiten entstanden. Seit 1941 stand Stanisław Herbst („Chrobot“) an seiner Spitze.

„In den Kellern eines verfallenen Schlosses ist ein ‚Bad‘ eingerichtet worden. In einem Kellerraum mit der Aufschrift ‚Umkleide‘ wurden die Juden nackt ausgezogen, von hier wurden sie zu je 50 zu einem besonderen Auto gebracht – eine Gaskammer, wo sie vergiftet wurden –, und anschließend fuhr das Auto in einen Wald in der Nähe des Dorfes Majdany. Hier wurden die Leichen in ausgehobene Gruben geworfen. Das Gas war anscheinend nicht allzu stark, da während des Vergrabens bis ins Dorf Schreie und Todesschüsse zu hören gewesen waren.“

Auch wurden die Morde verzeichnet, welche die Deutschen an den Zigeunern und Juden in Lodz begangen hatten.<sup>19</sup> Wir wissen nicht, wann genau dieses Informationsmaterial die entsprechenden BIP-Strukturen in Warschau erreicht hat. Es ist jedoch anzunehmen, dass diese Aufzeichnung der Ausgangspunkt für die zitierten Notizen in *Informacja Bieżąca* und *Biuletyn Informacyjny* gewesen sind. Doch stellen sich zwei Fragen: warum wurden nicht alle Einzelheiten weitergegeben und vor allem – warum wurden diese Informationen so bagatellisiert?

Dies ist umso unverständlicher, weil die Meldungen des BIP Lodz bald darauf in großem Umfang ergänzt wurden durch Dokumentationen von jüdischer Seite, die im Untergrundarchiv des Warschauer Ghettos von einer Gruppe um den Historiker Emanuel Ringelblum mit dem Decknamen *Oneg Schabbat* gesammelt wurden. Sie beruhten auf den Berichten des Flüchtlings „Szlemek“<sup>20</sup>, der Anfang Februar 1942 ins Ghetto Warschau gelangte. Auf ihrer Grundlage erschienen im Februar und März 1942 in der Untergrundpresse des Warschauer Ghettos mehrere Artikel über Kulmhof.<sup>21</sup> Umfangreiche Informationen hierzu wurden den zuständigen Stellen der Heimatarmee übergeben – das genaue Datum, an dem die Übergabe dieser Materialien erfolgte, muss noch festgestellt werden. So oder so – wie aus dem für den internen Gebrauch erschienenen Bulletin des BIP (*Informacja Bieżąca, Aneks o terrorze* [Anhang über den Terror]) her-

---

<sup>19</sup> Das Dokument ist veröffentlicht worden als „Meldunek łódzkiego BIP pt. Sprawy żydowskie, 6 II 1942“ in: Eksterminacja Żydów w latach 1941–1943. Dokumenty Biura Informacji i Propagandy Komendy Głównej Armii Krajowej ze zbiorów Oddziału Rękopisów Biblioteki Uniwersytetu Warszawskiego, hg. v. MARIA TYSZKOWA in: BŻIH 162–163 (1992), Nr. 2–3, S. 47 f.

<sup>20</sup> Vgl. Als Totengräber im Vernichtungslager. Augenzeugenbericht über die Ermordung von Juden und Zigeunern im Vernichtungslager Chelmnó am Ner [sic!] vom 5. bis zum 19. Januar 1942, mitgeteilt von „Szlemek“, der von dort fliehen konnte (aufgezeichnet von Hersz Wasser – Februar 1942, Warschau, Ghetto), in: Chelmnó/ Kulmhof. Ein vergessener Ort des Holocaust?, hg. v. MANFRED STRUCK, Bonn, Berlin 2001, S. 55–84 [Anm. d. Hg.].

<sup>21</sup> Sie werden behandelt von RUTA SAKOWSKA, Archiwum Ringelbluma ogniwnem konspiracji warszawskiego getta, część II, Informacje o ośrodkach zagłady, in: BŻIH 153 (1990), Nr. 1, S. 81–83.



vorgeht, wusste man schon gegen Ende März 1942 viel über die Lage in Kulmhof.<sup>22</sup>

Warum also wurden diese Materialien nicht sofort verwendet, und sei es auch nur für das von Aleksander Kamiński herausgegebene *Biuletyn Informacyjny*, das den ganzen Krieg über ein aufrechter Freund der Juden und ihr Fürsprecher innerhalb des Oberkommandos der Heimatarmee war? Es drängt sich der Verdacht auf, dass man viele Wochen verstreichen ließ, ehe man diese Informationen an die Presse weitergab. Die von Ende April stammenden, bereits behandelten Veröffentlichungen des *Biuletyn Informacyjny* über die Vernichtung der Juden scheinen in keinem Zusammenhang zu dem mahnenden Brief aus dem Umfeld des *Oneg Schabbat* zu stehen, der nach Meinung der Historikerin Ruta Sakowska anscheinend direkt an Kamiński gerichtet war. Sein Autor schrieb:

„Wir fühlen uns verpflichtet, Sie über Ereignisse zu informieren, die ohne jeden Zweifel authentisch sind und in den in das Reich eingegliederten Westgebieten stattgefunden haben. Die Kunde von diesen Ereignissen ist bislang nicht in weite Kreise der polnischen Bevölkerung vorgedrungen. Wir sind überzeugt, dass Sie, sehr verehrter Herr, diese Informationen nicht nur für sich behalten.“

In diesem Brief befindet sich auch eine sehr genaue Beschreibung der Funktionsweise des Lagers in Kulmhof. Und tatsächlich, Kamiński veröffentlichte diese Informationen sofort.<sup>23</sup>

Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, dass man sich in dieser Zeit auch in den entscheidenden Kreisen des polnischen Untergrunds angesichts immer alarmierenderer Meldungen, die aus dem gesamten besetzten Land eintrafen, zur Reaktion entschloss. Die vollständige Klärung dieser Frage

---

<sup>22</sup> Der von dem BIP-Mitarbeiter Antoni Szymanowski geschriebene Bericht mit dem Titel „Masowe egzekucje Żydów w powiecie kolskim“ („Massenexekutionen von Juden im Kreis Kolo [Warthbrücken]“), der auf der Grundlage des vom *Oneg Schabbat* gelieferten Materials entstand, trägt das Datum 25.3.1942; das Dokument ist publiziert worden in: TYSKOWA, Eksterminacja (Anm. 19), S. 52–54. Diese Materialien wurden als Beilage zu *Aneks o terrorze* für den Zeitraum vom 16. bis 28.3.1942, Nr. 28, beigefügt.

<sup>23</sup> Dokument ohne Datumsangabe, veröffentlicht in: RUTA SAKOWSKA, *Dwa etapy. Hitlerowska polityka eksterminacyjna Żydów w oczach ofiar. Szkic historyczny i dokumenty*, Warszawa 1986, S. 133 f. Dieses Dokument befindet sich im Ringelblum-Archiv, allerdings nicht mit der Signatur „Ring I/473“, sondern „I/665“; diese beiden Texte unterscheiden sich nur wenig voneinander: in beiden Fällen handelt es sich um einen von Hersz Wasser ausgearbeiteten Bericht des *Oneg Schabbat*, der Adressat des Briefes ist jeweils unbekannt. Dafür, dass Kamiński der Adressat sein sollte, spricht die Geschwindigkeit, mit der die Informationen veröffentlicht wurden. Diese Schlussfolgerung ist nicht grundlos; siehe SAKOWSKA, *Archiwum* (Anm. 21), S. 83.



ist aufgrund von Quellenlücken nicht möglich.<sup>24</sup> Ebenso wenig transparent ist die Informationspolitik der Exilregierung in London über die Judenverfolgungen im besetzten Polen, darunter auch in den eingegliederten Gebieten im Frühjahr 1942. Aus Regierungsverlautbarungen oder vielmehr aus deren Fehlen geht hervor, dass in London niemand davon eine Ahnung hatte.<sup>25</sup> Diese Tatsache beunruhigte die im besetzten Warschau verbliebenen politisch aktiven Juden. In einem am 2. April 1942 abgeschickten Brief der Leitung des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes (*Bund*) an den Regierungsdelegierten Caryl Ratajski heißt es:

„Wir sind uns völlig über die technischen Schwierigkeiten im Klaren, die mit der Übermittlung von Nachrichten aus dem Inland nach London zusammenhängen. Natürlich können wir ebenso schwer feststellen, ob und welche Nachrichten über die schreckliche Not der polnischen Judenheit nach London geschickt werden. Wir sind jedoch fest davon überzeugt, dass zum Beispiel die Kunde von der Vergiftung polnischer jüdischer Staatsbürger mit Gas, wäre sie an die Regierung der Republik [Exilregierung] gelangt, von Radio London bekannt gegeben worden wäre, so wie man die bestialische Erschießung von 100 polnischen Gefangenen im Pawiak [-Gefängnis] der Weltöffentlichkeit bekannt gemacht hat.“<sup>26</sup>

Zwei Wochen zuvor (am 16. März 1942) übermittelte der *Bund* durch Vermittlung polnischer Sozialisten einen Brief, der an die Genossen in London weitergeleitet werden sollte (der so genannte erste *Bund*-Brief) und der ebenfalls Informationen über die Verbrechen in Kulmhof enthielt:

„Den Gipfel der Vertierung hat die Vernichtung der Juden in den in das Reich eingliederten Gebieten z. B. in der Gegend von Kutno erreicht. Die jüdische Bevölkerung aus einer Reihe von Kleinstädten ist mit Gas vergiftet worden.“<sup>27</sup>

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Unterzeichnenden des Briefes sich auf anderes Material zu diesem Thema bezogen, das aus dem Ghetto auf die polnische Seite übermittelt worden war, vielleicht auf die Ausführungen des *Oneg Schabbat*. Sie konnten erwarten, dass der polnische Untergrund

---

<sup>24</sup> Viele Ausgaben des Bulletins *Agencja Prasowa* für Frühjahr 1942 sind nicht erhalten – das Blatt war für den Gebrauch der Redaktionen der Untergrundpresse bestimmt.

<sup>25</sup> Es wäre interessant, die in London erschienene polnische Presse auf Nachrichten aus den eingegliederten Gebieten hin zu untersuchen.

<sup>26</sup> AAN, DR, 202/XV-2, Brief des *Bund* an den Regierungsdelegierten, Bl. 31 f. Das Dokument ist vor kurzem veröffentlicht worden in: LIBIONKA, ZWZ-AK (Anm. 3), S. 150.

<sup>27</sup> Dokument veröffentlicht in: JÓZEF LEWANDOWSKI, Jak było w rzeczywistości. Informacje o Zagładzie w listach Bundu, in: BŻIH 194 (2000), Nr. 2, S. 242–247, der zitierte Ausschnitt auf S. 245.

angesichts der Beispiellosigkeit dieses Verbrechens auf eigene Initiative aktiv werden würde.

Der Hinweis auf die Hinrichtung im Warschauer Pawiak-Gefängnis war voll und ganz berechtigt. Sie fand am 2. März 1942 statt, als Vergeltung für die Ermordung eines deutschen Polizeibeamten und die Verwundung einiger anderer in Anin. Dieses Verbrechen erschütterte wegen seiner Ausmaße sowohl die polnische Untergrundbewegung wie auch die ganze Bevölkerung. Aus der Perspektive meiner Erörterungen ist die Tatsache am wichtigsten, dass die Information hierüber auf die ersten Seiten der gesamten Untergrundpresse gelangte und London sofort davon benachrichtigt wurde. Bereits am 5. März sprach der Sender der BBC darüber. Am 2. April 1942 wurde ein Tag der nationalen Trauer verkündet.<sup>28</sup> Am 31. März 1942 meldete die Redaktion der *Rzeczpospolita Polska* auf der ersten Seite:

„Von dem neuen deutschen Verbrechen weiß schon die ganze Welt. Die schnell benachrichtigte polnische Regierung hat gleich am nächsten Tag die Öffentlichkeit des ganzen Erdballs in Kenntnis gesetzt [...]“.<sup>29</sup>

In derselben Nummer des Presseorgans der Regierungsvertretung, allerdings auf Seite 16, befand sich die bereits erwähnte – erste und einzige – Notiz über die Verbrechen an den Juden in Kulmhof.

Die Hoffnungen der *Bund*-Führung erwiesen sich als vergebens. Die polnische Regierung in London erfuhr viel später von den Verbrechen, die an den Juden in den in das Reich eingegliederten Gebieten verübt wurden. Die ersten Nachrichten über das Vernichtungslager in Kulmhof trafen hier erst gegen Ende Mai 1942 ein. Die erste Informationsquelle waren zwei Briefe des Warschauer *Bund* – der bereits erwähnte vom 16. März und ein weiterer vom 11. Mai 1942, der diesmal direkt an die polnische Regierung gerichtet war.<sup>30</sup> Beide wurden am 21. Mai 1942 durch Vermittlung des Schweden Sven Norman verschickt, des Direktors der polnischen Filiale des ASEA-Konzerns, der in dieser Zeit einer der wichtigsten Kuriere des polnischen Untergrunds war. Nach Meinung eines Kenners der Kontakte des polnischen Untergrundes nach Schweden, Józef Lewandowski, der sich auf Äußerungen von Norman selbst beruft, wurde diesem der zweite Brief

---

<sup>28</sup> Siehe: Odezwa Czynników Miarodajnych w Kraju in: *Wiadomości Polskie*, Nr. 5, 1.4.1942.

<sup>29</sup> Am 5. und 12. März informierte das *Biuletyn Informacyjny*. Siehe auch: W obliczu nowej zbrodni okupantów. Odezwa czynników miarodajnych w Kraju, in: *Rzeczpospolita Polska*, Nr. 5, 31.3.1942, S. 1; Odezwa czynników miarodajnych, in: *Wiadomości Polskie*, Nr. 5, 1.4.1942.

<sup>30</sup> Dokument veröffentlicht in: *Ten jest z ojczyzny mojej. Polacy z pomocą Żydom 1939–1945*, hg. v. WŁADYSŁAW BARTOSZEWSKI/ ZOFIA LEWINOWA, Kraków 1969, S. 961–963.

nicht durch Vermittlung polnischer Stellen, sondern direkt von Vertretern des *Bund* überreicht.<sup>31</sup> Er schloss auch nicht aus, dass „jemand in der Delegatur [der zivilen Vertretung der polnischen Regierung im Exil im besetzten Polen (*Delegatura Rządu RP na Kraj*) (Anm. d. Hg.)] die Behauptungen des Briefes über die deutschen Pläne zur Vernichtung der Juden für übertrieben hielt oder der Ansicht war, sie würden die Aufmerksamkeit von der Leidensgeschichte der Polen ablenken“. Die in den polnischen Archiven befindlichen Dokumente belegen, dass beide Briefe des *Bund* dem Kurier von polnischen politischen Kreisen überbracht worden waren. Was die übrigen Fragen angeht – hier bleiben Zweifel bestehen. Es ist bislang nicht gelungen, die Gründe zu erhellen, aus denen es bei der Versendung des „ersten *Bund*-Briefes“ zu einer Verzögerung kam – zwischen seinem Entstehen und der Weiterleitung lagen über zwei Monate. Weitere Untersuchungen werden uns sicherlich näher an eine Antwort auf die Frage heranführen, ob man die Informationen über die Vernichtung der Juden bewusst verzögerte oder ob die Verzögerung anderen Ursachen geschuldet war.<sup>32</sup>

Sowohl die Briefe des *Bund* wie auch die vom BIP vorbereiteten Materialien, die mehr oder weniger zur selben Zeit in London eintrafen,<sup>33</sup> wurden zum Ausgangspunkt für eine Reihe diplomatischer und propagandistischer Aktivitäten der Exilregierung – sie sind sehr genau bekannt und vielfach beschrieben worden.<sup>34</sup> Für die vorliegenden Überlegungen wichtiger ist die Frage nach der Informationsübertragung aus dem Inland nach London. Zusammenfassend ist zu sagen, dass die ersten Nachrichten über das Vernichtungslager fünf Monate nach Inbetriebnahme von Kulmhof (8. Dezember 1941) nach London gelangten, während die Nachrichten über die Erschießungen der Gefangenen im Pawiak bereits nach zwei Tagen dort eintrafen. Man kommt kaum umhin, nach den Gründen für eine so große Diskrepanz bei der Geschwindigkeit der Datenübermittlung über die Verfolgungen von Juden und Polen zu fragen. Die Antwort ist nur vordergründig einfach: Die Informationen über die Entstehung und die Arbeit des Vernichtungslagers in Kulmhof wurden nicht per Funk übermittelt.

Doch obwohl militärische Fragen und Dinge, die den Terror gegenüber der ethnisch polnischen Bevölkerung betrafen, Vorrang hatten, wurden

---

<sup>31</sup> LEWANDOWSKI, Jak było (Anm. 27), S. 240 f.

<sup>32</sup> Dieses Problem behandelt ADAM PUŁAWSKI, W obliczu zagłady. Rząd RP na Uchodźstwie, Delegatura Rządu RP na Kraj, ZWZ-AK wobec deportacji Żydów do obozów zagłady 1941–1942, Lublin 2009.

<sup>33</sup> Unter diesen Materialien, die von General Stefan Rowecki Ende März 1942 abgeschickt wurden, befand sich der *Aneks o terrorze* für den Zeitraum vom 16. bis 28.3.1942 mit dem Bericht über Kulmhof; vgl. Anm. 22.

<sup>34</sup> Vgl. z. B. STOLA, Nadzieja (Anm. 7), S. 160–163.

Informationen über die Verfolgung von Juden nicht verheimlicht: Depeschen vom April 1942, sowohl des Regierungsvertreters im Lande als auch des Oberkommandierenden der Heimatarmee, enthielten Nachrichten über die Vernichtung der Juden, wobei jedoch die Verbrechen in den eingegliederten Gebieten hier nur wenig Raum einnahmen. Man konzentrierte sich auf die Lage in Litauen, im östlichen Kleinpolen sowie im Lubliner Land.<sup>35</sup> Das ist verwunderlich, waren doch gerade die Verbrechen in Kulmhof recht schnell bekannt und genau beschrieben worden.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass man im polnischen Untergrund damit rechnete, genaue Informationen über die Verbrechen an den Juden, darunter auch in den eingegliederten Gebieten, würden mit Kurierpost nach London abgehen. Die Versendung der Materialien auf diesem Wege musste keine drastische Verzögerung der Übermittlung bedeuten. Unter günstigen Umständen gelangten die in Polen abgeschickten Materialien schon innerhalb weniger Tage nach London – so verhielt es sich im Fall der von Sven Norman transportierten Sendung, welche die beiden Briefe des *Bund* enthielt. Wenn die Umstände aber widrig waren, trafen Dokumente des Oberkommandierenden der Heimatarmee oder der Regierungsvertretung bisweilen erst nach einigen Monaten in London ein. Die Anführer des polnischen Untergrunds konnten von der optimistischen Variante ausgehen – das heißt erwarten, dass der Weg der Materialien über die Ausrottung der Juden relativ kurz sein würde. Doch es kam anders. Ähnlich verhielt es sich übrigens auch später. Die Papiere, die mit dem Kurier Jan Karski im November 1942 nach London gelangten, waren zwei Monate früher vorbereitet worden.<sup>36</sup>

Dennoch besteht kein Zweifel, dass das Schicksal der polnischen Juden aus Sicht der führenden Kreise des polnischen Untergrunds im Vergleich zum Schicksal der Polen nur eine zweitrangige Rolle spielte. Um sich davon zu überzeugen, genügt es zu vergleichen, wieviel Platz dem Leiden der Juden und der Polen in den Periodika gewidmet war, welche von der Abteilung für Information der Regierungsvertretung vorbereitet und nach London geschickt wurden („*Pro memoria o sytuacji w kraju*“).<sup>37</sup> Wie die Historikerin Krystyna Kersten vor Jahren zu Recht geschrieben hat:

---

<sup>35</sup> Vgl. z. B.: Depesza Delegata o eksterminacji Żydów na Wileńszczyźnie, Białorusi i w Lubelskim, 8.4.1942, veröffentlicht in: *Armia Krajowa w dokumentach 1939–1945*, Bd. 2: Czerwiec 1941–kwiecień 1943, Wrocław u. a. 1990, S. 210.

<sup>36</sup> Siehe Anm. 8.

<sup>37</sup> Diese Materialien sind veröffentlicht worden: *Pro memoria (1941–1944). Raporty Departamentu Informacji Delegatury Rządu RP na Kraj o zbrodniach na narodzie polskim*, Warszawa, Pułtusk 2004–2005.

„Der Krieg, der die nationalen Trennlinien verschärfte und an die Oberfläche brachte, ließ eine spezifische Form von Nationalbewusstsein entstehen. Durch die Bedrohungssituation wurde die Nation zur allgemein vorherrschenden Denkkategorie, zum grundlegenden Bindemittel und zum wichtigsten Handlungsgegenstand.“<sup>38</sup>

Selbst für Menschen, die alles andere als Antisemiten waren, bestanden keine Zweifel an der „Fremdheit“ und „Andersartigkeit“ des jüdischen Schicksals. Und genau das entschied sowohl über die Geschwindigkeit wie auch über die Art und Weise der Reaktion auf die deutschen Verbrechen.

Und die letzte Frage: Hätte eine schnellere Information diese Situation entscheidend verändern können? Daran ist zu zweifeln. Es sei daran erinnert, dass die im Juli und im August 1943 aus dem Inland verschickten Depeschen über die Auflösung des Warschauer Ghettos in London nicht verstanden wurden.<sup>39</sup> Zu diplomatischen Reaktionen kam es erst nach Jan Karskis Eintreffen im November 1942. Aber auch eine schnellere und entschiedener Reaktion der polnischen Stellen hätte das Schicksal der Juden auf keinen Fall abwenden können, da sich die freie Welt für die Berichterstattung hierüber unempänglich zeigte.

### Die polnische Bevölkerung und die Vernichtung der Juden in den Dokumenten des polnischen Untergrunds

Seit dem Beginn der deutschen Besatzung brachte die Untergrundpresse Informationen über die deutsche Politik gegenüber den Juden in den in das Reich eingegliederten Gebieten.<sup>40</sup> In den zentralen Presseorganen des polnischen Untergrundstaates wurde das Thema der polnisch-jüdischen Beziehungen allerdings nicht aufgegriffen. Auf dieses Problem machte man jedoch in der Korrespondenz sowie in Dokumenten für den Dienstgebrauch

---

<sup>38</sup> KRYSZYNA KERSTEN, Polska – państwo narodowe. Dylematy i rzeczywistość, in: Narody. Jak powstawały i jak wybijały się na niepodległość?, hg. v. MARCIN KULA, Warszawa 1989, S. 462.

<sup>39</sup> Während der großen Liquidierungsaktion im Warschauer Ghetto wurden drei Depeschen mit Informationen hierzu nach London geschickt. Die wichtigste von ihnen, die zugleich genaue Informationen über die Deportationen der Juden aus Warschau enthielt, war ein vom AK-Chef General Stefan Rowecki unterzeichnetes Funktelegramm, das am 19.8.1942 aufgegeben wurde. Aus unbekannten Gründen wurde diese Depesche nicht veröffentlicht und spielte bei der Information der Weltöffentlichkeit über den in Warschau geschehenden Völkermord keine Rolle.

<sup>40</sup> Getto w Łodzi, in: Biuletyn Informacyjny, 10.5.1940; Wiadomości z Łodzi, in: ebd., 2.8.1940. Mitte April 1941 wurde die Lage im Ghetto Łódź dargestellt, das „erscheint, als sei es ein Lager von seuchenkranken, todgeweihten Menschen“ – Z Łodzi, in: ebd., 17.4.1941.

aufmerksam. Zwar wurde es auch hier nicht ausführlich behandelt, aber die Urteile waren trotzdem eindeutig. Adolf Bniński („Adolf“), der Delegierte der Regierung für die eingegliederten Gebiete, wies im Juni 1941 auf die Zunahme von Antisemitismus in der Bevölkerung hin, selbst in den Reihen der Polnischen Sozialistischen Partei (*Polska Partia Socjalistyczna*, PPS). Er führte unter anderem auch aus, dass die Nationale Partei (*Stronnictwo Narodowe*) „trotz ihres Antisemitismus wegen der Methoden ihrer Vernichtung Mitleid mit den Juden hat“.<sup>41</sup> Radikaler behandelte Stanisław Tabaczyński („Ryszard“), der Leiter des „West“-Büros in der Abteilung für Innere Angelegenheiten (*Biuro Zachodnie w Departamencie Spraw Wewnętrznych*) innerhalb der Delegatur, das Problem. Im November 1941 schrieb er in einem Brief an den Premierminister der polnischen Exilregierung in London, Stanisław Mikołajczyk:

„Bei allem menschlichen Mitleid für das Schicksal der Juden gibt es in Polen fast niemanden, der in der Judenfrage nicht ein Programm verlangte, vor allem diesbezüglich, dass sie im Wirtschaftsleben von Polen ersetzt werden sollen. Ohne zumindest ein solches Minimalprogramm in der Judenfrage wird keine Regierung in Polen lange und ruhig regieren können.“

Er warnte zugleich davor, den nationalen Minderheiten gleiche Rechte zu geben. Dies würde in der polnischen Bevölkerung „auf große Hindernisse stoßen“, da diese „die Triumphbögen gesehen hat, welche die Juden für die Bolschewiken errichteten, und ihr Vorgehen gegen die polnische Bevölkerung unter der bolschewistischen Besatzung“.<sup>42</sup>

Bemerkenswert sind hier zwei Fragen. Die zitierten Ansichten hochrangiger Beamter der Delegatur standen in dieser Zeit nicht alleine – sowohl die Experten des polnischen Untergrundes als auch die Informanten der polnischen Regierung waren sich mehrheitlich darüber einig, dass die gesellschaftliche Stimmung von der angeblich antipolnischen Einstellung der Juden in den polnischen Ostgebieten geprägt sei, die nach dem Einmarsch der Roten Armee am 17. September 1939 der UdSSR einverleibt worden waren.<sup>43</sup> Es ist jedoch bezeichnend, dass Tabaczyński, *nota bene*

---

<sup>41</sup> Adolf Bniński an die Zentrale: Charakterystyka życia organizacyjnego na ziemiach zachodnich, 5.6.1941, in: Armia Krajowa w dokumentach 1939–1945, Bd. 6: Uzupelnienia, Wrocław u. a. 1991, S. 190.

<sup>42</sup> Der Bevollmächtigte des Delegierten der Regierung für die Westgebiete an Mikołajczyk: Ocena sytuacji politycznej i nastrojów społeczeństwa na ziemiach zachodnich, 8.11.1941, in: ebd., S. 212 f.

<sup>43</sup> Ein sehr bezeichnendes Zeugnis ist hier die Meldung des ZWZ-Kommandanten General Stefan Rowecki („Grot“) vom 25.9.1941 mit einer Kritik an der Regierungspolitik gegenüber den Juden sowie der Ansicht, dass der Großteil der polnischen Bevölkerung unter Einfluss der Informationen über die Haltung der Juden in den nach dem 17.9.1939 von der

ein Mitglied der Nationalen Partei, über gesellschaftliche Stimmungen in Gebieten schrieb, die schließlich gar keine sowjetische Besetzung erlebt hatten. Die Informationen über die Haltung der Juden unter der sowjetischen Besetzung gelangten seit den ersten Monaten nach Ausbruch des deutsch-sowjetischen Kriegs in das GG. Über die Weiterleitung dieser Nachrichten in die nach dem Angriff des Dritten Reiches auf die UdSSR eingegliederten Gebiete ist noch wenig bekannt.

Wegen der Lücken in den Quellen ist es schwer, die tatsächliche Einstellung der Bevölkerung gegenüber den Juden und dieser gegenüber den Polen in den eingegliederten Gebieten zu rekonstruieren, ganz zu schweigen von dem Versuch, Veränderungstendenzen zu erfassen. Dieses Thema tauchte in einigen Berichten auf, die in den einzelnen Heimatarmee-Bezirken angefertigt wurden. Der polnische Untergrund war bestrebt, alle Ausprägungen des gesellschaftlichen Lebens unter deutscher Besatzung zu untersuchen. Mit der Sammlung dieser Informationen beschäftigten sich verschiedene Abteilungen des konspirativen Apparats. Eine wesentliche Rolle hierbei fiel den regionalen Strukturen des BIP zu.

Betrachten wir zunächst die Materialien des Lodzer BIP etwas genauer, die sich in einer 1988 entdeckten Dokumentengruppe in den Sammlungen der Warschauer Universitätsbibliothek befinden. Diese Dokumente stammen aus dem Zeitraum zwischen Herbst 1941 und der Auflösung der jüdischen Siedlungen. Es überwiegen dabei Informationen über die anti-jüdische Politik der Besatzer und über die Verfolgungen der Juden, doch gibt es gelegentlich auch Notizen über die Beziehungen zwischen Polen und Juden. Schon im ersten Dokument dieser Sammlung wird das Verhältnis zwischen Juden und Polen als „feindlich“ bezeichnet.<sup>44</sup> Diese Information soll sich auf Belchatów beziehen. Es fehlen aber alle weiteren Details.

In einem weiteren Bericht von Dezember 1941 finden wir neben einer Beschreibung der Schikanen gegen die Juden in den ersten Wochen der deutschen Besatzung überaus viele Beispiele dafür, wie sich die jüdische Bevölkerung von Belchatów an die neue Lage angepasst haben soll. Dieser Bericht endet mit der Feststellung: „bei ihrer Gerissenheit und ihrer Kor-

---

UdSSR besetzten Gebieten antisemitisch eingestellt sei [vgl. die Faksimile des polnischen Originals und die deutsche Übersetzung, in: Polacy – Żydzi, Polen – Juden, Poles – Jews 1939–1945, Wybór źródeł, Quellenauswahl, Selection of Documents, hg. v. ANDRZEJ KRZYSZTOF KUNERT, Warszawa 2001, S. 197 f. (Anm. d. Hg.)].

<sup>44</sup> Vgl. Fragmenty raportu BIP Okręg Łódź, listopad 1941 r., in: TYSZKOWA, Eksterminacja (Anm. 19), S. 40.



rumpiertheit verstehen sie es, ihr Leben zu gestalten und diese schwierige Zeit besser und leichter auszuhalten als wir Polen“.<sup>45</sup>

In demselben Dokument, allerdings in einem Passus, der die Stadt Lutomiersk betrifft, finden sich Beobachtungen, die von positiven Einstellungen der Juden gegenüber den Polen sprechen („sie sind den Polen gegenüber wohlwollend eingestellt, sie haben während den Aussiedlungen und Razzien Mitleid“). In einem Ausschnitt über die Lage der Juden in Pabianice werden Kontakte der Juden mit der dortigen PPS-Gruppe erwähnt. Sie sollen bis Oktober 1941 angehalten haben.<sup>46</sup> In diesen Materialien wiederholen sich auch Vorwürfe ideologischer Natur. In den im April 1942, also während der geplanten Ausrottung der Juden entstandenen Berichten des Lodzer BIP ist die Feststellung enthalten, dass sich „die Juden der polnischen Bevölkerung gegenüber feindlich verhalten, während sie für den Sowjetkommunismus große Sympathie hegen, in dem sie die einzige Erlösung für sich sehen“.<sup>47</sup>

Dies ist nicht das einzige Dokument, in dem derartige Vorwürfe genannt werden. Wir kommen hier zu dem großen Problem der Reaktionen des polnischen Untergrunds auf die Vernichtung der Juden. Krystyna Kersten, die hierzu wissenschaftliche Pionierarbeit geleistet hat, macht auf die Ambivalenz bei der Behandlung der Juden durch den polnischen Untergrund aufmerksam und weist darauf hin, dass das „Leiden der Juden von der so genannten Judenfrage“ getrennt worden sei. Sie spricht in diesem Zusammenhang von einem doppelten Denken und einer Bewusstseinsenteilung.<sup>48</sup> Ich versuche, dieses Problem unter Verwendung der unlängst (sogar in zwei Editionen!) erschienenen Berichte der Westsektion der Abteilung für Information der Regierungsvertretung im Zeitraum zwischen Oktober 1942 und Juni 1944 zu beschreiben, die alle eingegliederten polnischen Gebiete umfassen (Großpolen sowie die Woiwodschaften Lodz, Oberschlesien, Pommerellen und Ciechanów, außerdem das Białystoker

---

<sup>45</sup> Es gibt Hinweise darauf, dass die Mitarbeiter des Nationalitätenreferats des BIP der Hauptkommandantur von ZWZ-AK mit dem Charakter der ihnen zugeschickten Informationen nicht zufrieden waren. Missfallen rief ein Bericht hervor, in dem die „Symbiose“ von Juden und Deutschen beschrieben wurde. Auf der ersten Seite dieses Dokuments befand sich eine handschriftliche Notiz, dass diese Meldung eine „eindeutige und abscheuliche Tendenz“ besitze; siehe AAN, DR, 202/II-29, Żydzi w Belchatowie, 14.1.1942, Bl. 6 f.

<sup>46</sup> Vgl. Żydzi w Pabianicach, in: TYSZKOWA, Eksterminacja (Anm. 19), S. 43 f.

<sup>47</sup> Vgl. den Auszug aus einem BIP-Bericht unter dem Titel „Żydzi“ („Juden“), der auf der Grundlage von BIP-Meldungen aus dem Bezirk Lodz angefertigt wurde. In: TYSZKOWA, Eksterminacja (Anm. 19), S. 59. Im Wortlaut des Berichts findet sich auch die Bemerkung, dass dieses Urteil das Gebiet des GG betreffe. Es handelt sich aller Wahrscheinlichkeit nach um Informationen aus dem Regionalinspektorat Petrikau, das im GG lag.

<sup>48</sup> KERSTEN, Polska (Anm. 38) S. 17 f.

Land).<sup>49</sup> Den Herausgebern zufolge sind sie die „systematischste und vollständigste“ Darstellung der Besatzungspolitik in den eingegliederten Gebieten.<sup>50</sup>

Die „Judenfrage“ kommt in den Dokumenten zur Sprache, die auf der Grundlage von Meldungen entstanden sind, welche aus dem lokalen Informationsnetz stammten, und zwar an zwei Stellen: bei der Beschreibung des deutschen Terrors und der Stimmung innerhalb der polnischen Bevölkerung. Auf der einen Seite finden sich hier genaue Beschreibungen von der Auflösung der Ghettos und der Deportation der Bewohner in die Vernichtungslager und in das KL Auschwitz, auf der anderen Seite werden die Reaktionen der polnischen Gesellschaft auf diese Geschehnisse analysiert. Nach dem Urteil der Autoren dieser Berichte sollen die Nachrichten von der Ausrottung der Juden im GG in Pommerellen wegen des gewaltigen eigenen Leidens gleichgültig aufgenommen worden sein. Es wird ganz deutlich betont, dass

„niemand von einer Rückkehr der Juden nach Pommerellen hören will, die Haltung der Bevölkerung gegenüber den Juden [...] ist so wie gegenüber den Deutschen, d. h. feindlich“.

In Oberschlesien und im Dombrower Becken soll die Liquidierung aller dortigen Ghettos (mit Ausnahme der in den hoch industrialisierten Kreisen Oberschlesiens) insgesamt „geringen Eindruck“ hinterlassen haben. Es wurde auch angemerkt, dass die polnische Bevölkerung „ernstlich einen neuerlichen Zustrom der ‚Juden aus London‘“ befürchte. Weiter heißt es:

„Große Unruhe hat das Gerücht hervorgerufen [...], dass in Regierungskreisen ein Projekt entstanden sein soll, dass der Besitz jener Juden, die umgekommen sind, von den jüdischen Gemeinden übernommen werden soll.“

Es wurde ausgeführt, dass die Empörung der Polen über die Behandlung der Juden „nicht so sehr aus der Tatsache der Beseitigung der Juden, sondern vielmehr über die Methoden“ entstanden sei, und konstatiert, dass „die oberschlesische Gesellschaft antisemitisch eingestellt“ sei. Auch im Teschener Schlesien und im Olsa-Gebiet soll die Einstellung der Bevölkerung zu den Juden „entschieden negativ“ gewesen sein. Obwohl die Vernichtung der Juden „große Empörung [hervorrief], nahm die polnische Bevölkerung die Tatsache an sich, dass der jüdische Teil der Gesellschaft

---

<sup>49</sup> Ziemie zachodnie październik 1942–czerwiec 1944. Raporty Sekcji Zachodniej Delegatury Rządu na Kraj o sytuacji ludności polskiej i polityce okupanta niemieckiego, hg. v. MIECZYSLAW ADAMCZYK/ JANUSZ GMITRUK/ WŁADYSŁAW WAŻNIEWSKI, Warszawa 2004; Raporty z ziem wcielonych do III Rzeszy [1942–1944], hg. v. ZBIGNIEW MAZUR/ ALEKSANDRA PIETROWICZ/ MARIA RUTOWSKA, Poznań 2004.

<sup>50</sup> Einleitung zu *Ziemie zachodnie*, in: ebd. S. 11.

aus dem Gebiet beseitigt worden war, positiv auf“. Auch hier wurde auf Befürchtungen hingewiesen,

„dass unter Einfluss der allgemeinen Stimmungen in der angelsächsischen Welt die polnische Regierung den Juden keine Zugeständnisse machen dürfe. Insbesondere befürchtet die Bevölkerung eine Einwanderung von Juden nach Polen, die Wiederherstellung ihrer eingebüßten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Position.“

In einigen Abschnitten, die die Woiwodschaft Lodz betrafen, wurden sich versteckende Juden als Mitglieder von „Räuberbanden“ bezeichnet, die von den polnischen Partisanen liquidiert werden würden. Mit Missbilligung wurden viele Beispiele erwähnt, in denen versteckte Juden denunziert wurden, doch sah man die Ursachen dieses Phänomens „in einem gewissen Maße“ an „objektiven“ Faktoren: „jüdische Banden, die die Pogrome überlebt haben, hausen in der Gegend und leben vom Raub“.<sup>51</sup>

Trotz einer erstaunlichen Einheitlichkeit bei der Beurteilung sind diese Aufzeichnungen vorsichtig zu behandeln. Ohne eine detaillierte Analyse durchführen zu wollen, soll hier nur festgestellt werden, dass die Frage der Urteile und Einstellungen der polnischen Bevölkerung gegenüber der Vernichtung der Juden viel komplizierter gewesen sein muss. Davon zeugen alleine schon die neuesten Analysen der polnisch-jüdischen Beziehungen im Regierungsbezirk Kattowitz und in Lodz, die auf der Grundlage anderer Quellen entstanden sind.<sup>52</sup> In diesen Materialien wird weder die Hilfe für die Juden erwähnt noch kommen extrem negative Verhaltensweisen zur Sprache (z. B. die Plünderung von Besitz während der Auflösung der Ghettos).<sup>53</sup> Theoretisch wurde von den Autoren der Meldungen und Berichte Objektivität verlangt, man untersagte ihnen sogar, eigene Ansichten oder Interpretationen aufzunehmen. Die Praxis war jedoch aus vielen Gründen eine andere. Zu Wort kamen die politischen Präferenzen der in den konspirativen Strukturen beschäftigten Personen.

---

<sup>51</sup> Über Pommerellen: Bericht Nr. 5 (bis zum 15.5.1943), in: ebd., S. 145. Über Oberschlesien: Bericht über die Lage in den Westgebieten Nr. 6 (15.8.1943) sowie Bericht Nr. 8 (bis zum 31.10.1943), in: ebd., S. 229 u. 396. Über das Olsa-Gebiet: Bericht Nr. 6, in: ebd., 250. Über das „Bandenunwesen“ im Lodzer Land: Bericht Nr. 8 (bis 31.10.1943), in: ebd., S. 353, sowie Bericht Nr. 9 (bis 15.11.1943), in: ebd., S. 429.

<sup>52</sup> ALEKSANDRA NAMYSŁO, Postawy mieszkańców rejencji katowickiej wobec ludności żydowskiej, in: Polacy i Żydzi (Anm. 3), S. 763–826; DOROTA SIEPRACKA, Stosunki polsko-żydowskie w Łodzi podczas okupacji niemieckiej, in: ebd., S. 691–762. Die Verfasserinnen haben deutsche Archivalien und Sekundärquellen (Narrative und Berichte aus der Nachkriegszeit) herangezogen.

<sup>53</sup> Vgl. z. B. NAMYSŁO, Postawy (Anm. 52), S. 784. Bei ihrer Beschreibung der Einstellung der „arischen“ Bevölkerung im Sosnowitzer Stadtteil Klein Schrodel zitiert sie nicht nur jüdische Berichte, sondern auch die Berichte der deutschen Bauverwaltung; ebd., S. 802.

Man kann deshalb die These aufstellen, dass diese Dokumente mehr über die Mentalität ihrer Verfasser als über die historische Realität aussagen. Aber waren die Ansichten der Mitarbeiter der Westsektion die Norm oder die Ausnahme? Andrzej Friszke hat bei seiner Analyse der Untergrundpresse darauf aufmerksam gemacht, wie unterschiedlich Urteile und Sprache der Presse von Heimatarmee und Regierungsvertretung in Bezug auf jüdische Fragen waren, und er führt dies auf die weltanschaulich-ideologischen Unterschiede zurück.<sup>54</sup> Die Mitarbeiter der Regierungsvertretung rekrutierten sich zu einem erheblichen Teil aus den rechten Kreisen. Ob dies auch in der Westsektion der Fall war, müsste noch untersucht werden.<sup>55</sup>

Es wäre von großem Erkenntniswert, würde man auch die Materialien der Regierungsvertretung den Archivalien der Heimatarmee gegenüberstellen. Doch aufgrund der Lücken in der Quellenüberlieferung ist es schwer, einen solchen Vergleich in Hinblick auf die eingegliederten Gebiete durchzuführen – wir verfügen über keine BIP-Berichte aus den Heimatarmee-Bezirken der eingegliederten Gebiete für einen analogen Zeitraum.<sup>56</sup> Eine gewisse Hilfe könnten hier die Monatsberichte des BIP aus dem Warschauer Heimatarmee-Gebiet für 1943 darstellen, die fast vollständig erhalten sind. Aus ihnen geht hervor, dass sich das hier abzeichnende Bild der polnisch-jüdischen Beziehungen nicht grundsätzlich von dem unterscheidet, das in den Berichten der Westsektion zu Tage tritt.<sup>57</sup> Ähnlich fällt ein Vergleich der Berichte der Westsektion mit Heimatarmee-Materialien aus Białystok aus – in diesem Fall mit Meinungen des Kommandanten des dortigen Heimatarmee-Bezirks, der übrigens in seinen Urteilen radikaler ist als die Analytiker der Regierungsvertretung.<sup>58</sup>

---

<sup>54</sup> ANDRZEJ FRISZKE, *Publicystyka Polski Podziemnej wobec zagłady Żydów 1939–1944*, in: *Polska – Polacy – mniejszości narodowe*, hg. v. EWA GRZEŚKOWIAK-LUCZYK, Wrocław u. a. 1992, S. 212.

<sup>55</sup> Bislang fehlt eine solche Analyse. Vgl. WALDEMAR GRABOWSKI, *Polska Tajna Organizacja Cywilna*, Warszawa 2003, S. 226–229.

<sup>56</sup> Ihre Aktivitäten wurden übrigens dadurch gelähmt, dass sie häufig aufflogen und es zu Verhaftungen kam, siehe GRZEGORZ MAZUR, *Biuro Informacji i Propagandy SZP-ZWZ-AK 1939–1945*, Warszawa 1987, S. 282.

<sup>57</sup> Ich habe dieses Problem in folgendem Text analysiert: *Polska konspiracja wobec eksterminacji Żydów w dystrykcie warszawskim*, in: *Prowincja noc. Życie i zagłada Żydów w dystrykcie warszawskim*, hg. v. BARBARA ENGELKING/ JACEK LEOCIAK/ DARIUSZ LIBONKA, Warszawa 2007, S. 443–504.

<sup>58</sup> In einem Bericht der Westsektion ist zu lesen: „Unabhängig davon [...], ob die Methoden verurteilt werden, mit denen die jüdische Bevölkerung liquidiert worden ist, ist die polnische Gesellschaft antisemitisch eingestellt. Die Polen können es den Juden nicht verzeihen, dass sie während der bolschewistischen Besatzung eifrig mit den Sowjetbehörden zusammengearbeitet haben.“ Hervorgehoben wurde die Bedeutung der wirtschaftlichen

Wenn man diesen Gedankengang zusammenfasst, so ist zu sagen, dass die zivilen und militärischen Stellen des polnischen Untergrunds selbst am Ende der Ausrottung der Juden in den eingegliederten Gebieten ambivalent auf deren Schicksal reagierten. Auf der einen Seite wurden die deutschen Methoden verurteilt, auf der anderen Seite hingegen wurde die Zukunft der polnisch-jüdischen Beziehungen in dunklen Farben gemalt. Man kann darüber diskutieren, wie es dazu gekommen ist. Wie Krystyna Kersten schreibt,

„diente die Zurschaustellung von judenfeindlichen Einstellungen der Bevölkerung als Druckmittel auf die Regierung (von Władysław Sikorski, später von Stanisław Mikołajczyk), die verdächtigt wurden, mit ihrer Politik die Juden zu favorisieren. Man berief sich auf die Meinung der ‚Massen‘, der ‚Gesellschaft‘, der ‚Bevölkerung‘, der ‚Nation‘, um auf diese Weise seine Ansichten glaubhaft zu machen.“<sup>59</sup>

Diese Tendenzen sind sehr deutlich in jenen Berichten der Westsektion der Regierungsvertretung zu erkennen, die an die Regierung Polens in London gingen. Doch in den wichtigsten programmatischen Dokumenten des polnischen Untergrundstaates überwogen ganz andere Tendenzen: die Probleme der nationalen Minderheiten sollten nach dem Krieg „nach dem bewährten Prinzip der Freiheit und der Gleichheit von Rechten und Pflichten“ gelöst werden. Ein solcher Vermerk fand sich in der Deklaration von vier Parteien, die am 15. August 1943 unterzeichnet wurde.

Die in diesem Text behandelten Fragen sind lediglich der Beginn zu tieferen und umfangreicheren Analysen der Art und Weise, wie mit dem deutschen Vorgehen gegen die Juden in den eingegliederten Gebieten umgegangen wurde. Nicht von mir behandelt wurden dabei zum Beispiel die Kontakte zwischen der Heimatarmee und dem jüdischen Untergrund in den Jahren 1942 und 1943.

---

Fragen und erwähnt, dass die Ängste vor einem Niedergang des Handels nach der Beseitigung der Juden unbegründet gewesen seien, da die polnische Bevölkerung diesen Sektor mit Erfolg vereinnahmt habe; Bericht über die Lage in den Westgebieten, Nr. 9, 15.11.1943, S. 486. Im „Mścislaw“-Bericht heißt es: „Das Fehlen der Juden im Handwerksbereich des Bezirks Bekasa [Kryptonym für den Bezirk Białystok – D.L.] ist eine wahre Wohltat und eine göttliche Gnade für die polnische Bevölkerung, die das auf diese Weise laut äußert. Die gleiche Hoffnung setzt die Bevölkerung auf den bereits heute von Polen beherrschten Handel“; AAN, AK, 203/XIV-1, Politischer Bericht für den Monat November 1943, 5.12.1943, Bl. 18.

<sup>59</sup> KRYSZYNA KERSTEN, Polacy, Żydzi, komunizm. Anatomia półprawd 1939–68, Warszawa 1992, S. 16 f.